

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - SR/074(V)/14			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Montag, 27.01.2014	Ratssaal	16:00Uhr	19:05Uhr

**Tagesordnung:**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
  
- 6 Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge
  - 6.1 Containerlösung prüfen A0097/13  
Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei  
WV v. 05.09.2013
  - 6.2 Schule am Fermersleber Weg A0106/13  
Fraktion CDU/BfM  
WV v. 05.09.2013
    - 6.2.1 Schule am Fermersleber Weg S0208/13  
(Stellungnahme zu 6.1 und 6.2)
  - 6.3 Digitale Informationstafeln für Magdeburg A0101/13  
SPD-Stadtratsfraktion  
WV v. 05.09.2013
    - 6.3.1 Digitale Informationstafeln für Magdeburg A0101/13/1  
Ausschuss KRB

6.3.2	Digitale Informationstafeln für Magdeburg Ausschuss FG	A0101/13/2
6.3.3	Digitale Informationstafeln für Magdeburg	S0189/13
6.4	Sichere Querungsmöglichkeit im Bereich des ASB-Altenpflegeheims Birngarten untersuchen FDP-Ratsfraktion WV v. 10.10.2013	A0113/13
6.4.1	Sichere Querungsmöglichkeit im Bereich des ASB-Altenpflegeheims Birngarten untersuchen	S0225/13
6.5	Tätigkeitsbericht der(/des) Integrationsbeauftragten Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei WV v. 07.11.2013	A0127/13
6.5.1	Tätigkeitsbericht der (/des) Integrationsbeauftragten Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei	A0127/13/1
6.6	Zeitpunkt der Bekanntmachung von Stadtratsbeschlüssen Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei WV v. 07.11.2013	A0130/13
6.6.1	Zeitpunkt der Bekanntmachung von Stadtratsbeschlüssen Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei	A0130/13/2
6.6.2	Zeitpunkt der Bekanntmachung von Stadtratsbeschlüssen Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz	A0130/13/3
6.6.3	Zeitpunkt der Bekanntmachung von Stadtratsbeschlüssen	S0257/13
	Neuanträge	
6.7	Verkehrssicherheit Universitätsplatz FDP-Fraktion	A0004/14
6.8	Konzept zur Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei	A0014/14
6.9	Lärmschutz am Verkehrslandeplatz Magdeburg Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0002/14
6.9.1	Lärmschutz am Verkehrslandeplatz Magdeburg Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei	A0002/14/1
6.10	Nutzungskonzept Albinmüller-Turm Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0005/14

6.10.1	Nutzungskonzept Albinmüller-Turm Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei	A0005/14/1
6.11	Gestaltungskonzept Querung Adelheidring Fraktion CDU/BfM	A0012/14
6.12	Beleuchtung der Haltestelle "Schlachthof" SR Stage und SR Wendenkampf future! - Die junge Alternative	A0007/14
6.13	Fair gehandelte Blumen für offizielle Anlässe SR Stage und SR Wendenkampf future! - Die junge Alternative	A0008/14
6.14	Kriterienerfüllung Fairtrade-Stadt Magdeburg Interfraktionell	A0003/14
6.15	Kinderfreundliche Homepage SR Stage und SR Wendenkampf future! - Die junge Alternative	A0009/14
6.16	Standortprüfung neues Gymnasium FDP-Fraktion	A0006/14
6.16.1	Standortprüfung neues Gymnasium Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0006/14/1
6.16.2	Standortprüfung neues Gymnasium Fraktion CDU/BfM	A0006/14/2
6.17	Unterstellmöglichkeiten an der Haltestelle Libellenweg Fraktion CDU/BfM	A0010/14
6.18	Flächentausch bzw. -ankauf Fraktion CDU/BfM	A0011/14
6.19	Entfernung des Zaunes um die Grünfläche an der Straße Am Brellin SPD-Stadtratsfraktion	A0013/14
6.20	Verlängerung des Tunnels Fraktion CDU/BfM	A0015/14
6.20.1	Verlängerung des Tunnels SR Stage und SR Wendenkampf future! - Die junge Alternative	A0015/14/1
6.21	Rekonstruktion/Gestaltung Gebäude Ernst-Reuter-Allee/Breiter Weg Fraktion CDU/BfM	A0016/14
8	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	

8.1	Gleichwertigkeit von Hochschulabschlüssen bei Stellenausschreibungen der LH Magdeburg SR'in Zimmer	F0022/14
8.2	Sachstand Böckelmannsche Villa SR Nordmann	F0023/14
8.3	Krankenschwester Förderschule Fermersleber Weg SR'in Dr. Hein	F0018/14
8.4	Mögliche Änderungen beim Kommunalabgabengesetz SR Stern	F0014/14
8.5	Meile der Demokratie SR Wähnelt	F0009/14
8.6	Zaun Demenz Centrum Vitanas Materlikstraße 1-10 SR'in Schumann	F0010/14
8.7	Magdeburg, eine Stadt im Ausnahmezustand SR Stage	F0013/14
8.8	Geltungsbereich und öffentliche Auslegung des Entwurfs zum B- Plan Nr. 262-2 SR'in Dr. Hein	F0019/14
8.9	Betreibung von Tierheimen/Tierpensionen in der LH MD SR DR. Kutschmann	F0008/14
8.10	Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses SR Giefers	F0020/14
8.11	Zoo-Haltestelle SR Bartelmann	F0005/14
8.12	Bedingungen Unterbringung Asylbewerberinnen in MD SR Wähnelt	F0011/14
8.13	Open-Air-Veranstaltungen im Stadtpark SR Stage und SR Wendenkampf	F0007/14
8.14	Jugendhilfeplanung SR Wendenkampf	F0006/14
8.15	Ausbau der Straße am Polderdeich SR Bartelmann	F0002/14
8.16	Ausnahmegenehmigungen zum Befahren der Sternbrücke SR Dr. Höroid	F0003/14
8.17	Ergebnisse der Realisierung der Absichtserklärung mit der Stadt Daugavpils SR Dr. Höroid	F0004/14

8.18	Einbindung der Ottostadt-Kampagne in externe Projekte SR Bromberg	F0001/14
8.19	Teilnahme an EU-Konsultation SR Schwenke	F0012/14
8.20	Kosten für Baumfällungen und Neupflanzungen in der LH MD SR Müller	F0015/14
8.21	Aktueller Stand der Hochwasserschutzmaßnahmen für Buckau? SR Guderjahn	F0016/14
8.22	Dienstreisekosten der LH Magdeburg SR Müller	F0017/14
9	Informationsvorlagen	
9.1	Aktueller Stand des Vorhabens Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee (EÜ ERA) und der anderen Bauvorhaben, den Eisenbahnknoten Magdeburg betreffend, im September 2013	I0210/13
9.2	Änderungen im SGB XII – Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	I0213/13
9.3	Konzept zur Entwicklung des Straßenbaumbestandes	I0217/13
9.4	Tätigkeitsbericht des Beirates für Integration und Migration der Landeshauptstadt Magdeburg	I0229/13
9.5	Zwischenbericht zum Modellprojekt "Verzicht auf Festlegung von Schulbezirken"	I0243/13
9.6	Stadtschreiber 2014	I0244/13
9.7	Anbindung Lutherweg an Magdeburg	I0248/13
9.8	Wiederherstellung Rundbänke Olven I	I0257/13
9.9	Berichterstattung Fortgang Strombrückenzug (004) Aktueller Stand des Vorhabens Neubau Elbbrücken im IV. Quartal 2013	I0263/13

9.10	Kooperation der Landeshauptstadt Magdeburg mit der Otto-von-Guericke-Universität und der Hochschule Magdeburg-Stendal - 2013	I0268/13
9.11	Kooperation der Landeshauptstadt Magdeburg mit der Otto-von-Guericke-Universität und der Hochschule Magdeburg-Stendal - 2013 (I0268/13); ergänzender Bericht des Dezernates für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit	I0273/13
9.12	Klimaanalyse Magdeburg und Fachgutachten Klimawandel	I0270/13
9.13	Leitfaden für die Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit	I0282/13
9.14	Einwohnerversammlungen des Oberbürgermeisters im Jahr 2014	I0288/13
9.15	Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Magdeburg für das Jahr 2014 - Schreiben des Landesverwaltungsamtes Sachsen-Anhalt vom 15. Januar 2014	I0010/14

#### Nichtöffentliche Sitzung

10	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	
11	Beschlussfassung durch den Stadtrat	
11.1	Verlängerung des Leihvertrages Liegenschaft ehemalige Ersatzspielstätte, Tessenowstr. 11, in Magdeburg BE: Oberbürgermeister	DS0446/13
11.1.1	Verlängerung des Leihvertrages Liegenschaft ehemalige Ersatzspielstätte, Tessenowstr. 11, in Magdeburg Ausschuss FG	DS0446/13/1

Öffentliche Sitzung

---

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst eröffnet die 74.(V) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträte, Gäste, Mitarbeiter der Verwaltung und Medienvertreter. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	30	“	“
maximal anwesend	39	“	“
entschuldigt	18	“	“

6. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge
- 

- 6.1. Containerlösung prüfen A0097/13  
 Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei  
 WV v. 05.09.2013
- 

Die Ausschüsse BSS, StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz, erläutert die Intention des Antrages A0097/13 zieht den Antrag A0097/13 aber von der heutigen Tagesordnung **zurück**.

6.2. Schule am Fermersleber Weg A0106/13  
 Fraktion CDU/BfM  
 WV v. 05.09.2013

---

Der BA KGM hat den Antrag A0106/13 zur Kenntnis genommen.

Die Ausschüsse BSS und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Stadtrat Heynemann, Fraktion CDU/BfM, zieht den Antrag A0106/13 **zurück**.

6.3. Digitale Informationstafeln für Magdeburg A0101/13  
 SPD-Stadtratsfraktion  
 WV v. 05.09.2013

---

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0101/13/1.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0101/13/2.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Bromberg bringt den Antrag A0101/13 ein und begrüßt die vorliegende Stellungnahme S0189/13 der Verwaltung. Er trägt die vorliegenden Änderungsanträge A0101/13/1 und A0101/13/2 mit.

Gemäß Änderungsantrag A0101/13/2 des Ausschusses FG **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Vor der Erarbeitung weiterer Konzepte bzw. Analysen und einer Angebotseinholung ist der seitens der Verwaltung avisierte Hochwasserbericht abzuwarten. Danach sollen die Erkenntnisse und Erfahrungen aus diesem Bericht in die Umsetzung der Anträge A0101/13 und A0101/13/1 einfließen.

Mit der Abstimmung zum Änderungsantrag A0101/13/2 des Ausschusses FG hat sich eine Abstimmung zum Änderungsantrag A0101/13/1 des Ausschusses KRB **erledigt**.

Gemäß Antrag A0101/13 der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0101/13/2 des Ausschusses FG einstimmig:

Beschluss-Nr. 2158-74(V)14

Zur Erweiterung des Informationsmanagements für die Bevölkerung bei Hochwasser sollen an mindestens fünf geeigneten Standorten im Stadtgebiet digitale Informationstafeln installiert werden, die durch die Stadtverwaltung bzw. den Katastrophenstab vernetzt gesteuert werden. An oder im Umfeld der Tafeln sollen zudem örtliche Hochwasser-Messlatten als Bezugspunkt für den jeweiligen Standort angebracht werden.

Ziel ist es, in der Stadt bekannte Info-Punkte zu etablieren, die den Bürgern insbesondere im Hochwasser-Fall die Möglichkeit bieten, sich schnell mit wichtigen Informationen zu versorgen und darüber hinaus sich untereinander auszutauschen oder Ansprechpartner vor Ort zu kontaktieren.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, geeignete technische Angebote zu prüfen und diese gemeinsam mit Standortvorschlägen bis Mitte des vierten Quartals im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vorzustellen.

Vor der Erarbeitung weiterer Konzepte bzw. Analysen und einer Angebotseinholung ist der seitens der Verwaltung avisierte Hochwasserbericht abzuwarten. Danach sollen die Erkenntnisse und Erfahrungen aus diesem Bericht in die Umsetzung der Anträge A0101/13 und A0101/13/1 einfließen.

6.4.	Sichere Querungsmöglichkeit im Bereich des ASB-Altenpflegeheims Birnengarten untersuchen	A0113/13
	FDP-Ratsfraktion WV v. 10.10.2013	

---

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster begrüßt die vorliegende Stellungnahme S0225/13 der Verwaltung und erklärt den Antrag A0113/13 damit als **erledigt**.

6.5.	Tätigkeitsbericht der(/des) Integrationsbeauftragten	A0127/13
	Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei WV v. 07.11.2013	

---

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz, bringt den Änderungsantrag A0127/13/1 ein, und weist darauf hin, dass dieser den Ursprungsantrag A0127/13 ersetzt. Er bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0127/13 und des Änderungsantrages A0127/13/1 in die Ausschüsse GeSo und VW – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz, **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0127/13 und der Änderungsantrag A0127/13/1 werden in die Ausschüsse GeSo und VW überwiesen.

6.6.	Zeitpunkt der Bekanntmachung von Stadtratsbeschlüssen	A0130/13
	Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei WV v. 07.11.2013	

---

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Stadtrat Fassl, Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz, bringt den Antrag A0130/13 ein.

Der Oberbürgermeister geht in seinen umfassenden Äußerungen zunächst auf die Bedeutung des Themas ein.

Er betont, dass allein der Titel des vorliegenden Antrages wieder zu Missverständnissen führt, da Stadtratsbeschlüsse nicht bekanntgemacht sondern bekanntgegeben werden.

Bekanntmachungen, erklärt Herr Dr. Trümper, erfolgen z.B. für Sitzungen des Stadtrates und Satzungsbeschlüsse des Stadtrates.

Erfolgte die Bekanntmachung von Zeit, Ort und Tagesordnung von Stadtratssitzungen noch bis vor Kurzem im Amtsblatt, so werden diese seit 2012 in Magdeburg im Internet bekannt gemacht. Dies, so führt der Oberbürgermeister weiter aus, ist aufgrund der breiten Nutzung des Internets, eine Entscheidung von großer Akzeptanz in der Bevölkerung.

Dagegen muss die schlichte Bekanntgabe von Beschlüssen des Stadtrates nicht explizit geregelt werden. Diese erfolgt in der Landeshauptstadt ebenfalls im Internet, erklärt Herr Dr. Trümper.

Im Folgenden geht er auf die Intention des vorliegenden Antrages ein. Er betont, dass das Einleiten eines Bürgerbegehrens nicht erst mit der Beschlussfassung eines bestimmten Sachverhalts im Stadtrat beginnt. An bestimmten Themen interessierte Bürgerinnen und Bürger nehmen an Stadtratssitzungen als Zuhörer teil und informieren sich auf unterschiedlichste Art und Weise – Internet und andere Medien – darüber.

Herr Dr. Trümper erinnert daran, dass die im Stadtrat gefassten Beschlüsse unmittelbar nach der Beschlussfassung und der förmlichen Feststellung des Ergebnisses im Ratsinformationssystem eingegeben werden und sofort weltweit einsehbar sind.

Dieser Beschluss wird im Protokoll der Sitzung lediglich festgehalten, nicht aber geändert.

Aus diesem Grund, stellt der Oberbürgermeister fest, ist eine weitere Regelung zur Bekanntgabe von Beschlüssen nicht nur entbehrlich, sondern verbunden mit einer Fristsetzung, wie z.B. mit der Bestätigung des Protokolls, auch kontraproduktiv.

Herr Dr. Trümper betont abschließend nochmals, dass jede neue Regelung auch für die Bürger verwirrend sei und empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter aller Fraktionen zum Antrag A0130/13 Stellung.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz Herr Theile erläutert nochmals die Intention des vorliegenden Antrages A0130/13.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, bezeichnet in seinen Ausführungen den Antrag A0130/13 als weltfremd.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz, bringt den Änderungsantrag A0130/13/2 ein.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster hinterfragt die Umsetzung des Antrages A0130/13.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt hält den Änderungsantrag A0130/13/2 der Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz für sinnvoll. Er hinterfragt den Unterschied zwischen ortsüblicher und örtlicher Bekanntmachung.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper führt aus, dass es in der Landeshauptstadt Magdeburg legitim ist, die Stadtratsbeschlüsse im Internet bekanntzugeben. Bezüglich der Nachfrage des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt merkt er an, dass es keinen Unterschied gibt.

Stadtrat Fassel, Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz, geht nochmals auf die Zielstellung des Antrages A0130/13 ein und bringt den Änderungsantrag A0130/13/3 ein.

Stadtrat Danicke, SPD-Stadtratsfraktion, weist darauf hin, dass im Foyer des Rathauses ein PC steht und die Möglichkeit besteht, dort Beschlüsse des Stadtrates einzusehen.

Abschließend bittet der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper darum, dem Antrag A0130/13 nicht zuzustimmen und merkt an, dass sich bisher noch kein Bürger beschwert hat.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 14 Jastimmen und 1 Enthaltung:

Der Änderungsantrag A0130/13/3 des Stadtrates Fassel, Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz –

*Der Antrag wird wie folgt ergänzt*

Beschlüsse des Stadtrates gelten als ortsüblich, öffentlich bekanntgegeben, nach Einstellung im Internet und öffentlichem Aushang im neuen Rathaus.

Diese Regelung ist in die Hauptsatzung aufzunehmen. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 14 Jastimmen und 1 Enthaltung:

Der Änderungsantrag A0130/13/2 der Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz –

Ein vom Stadtrat gefasster Beschluss gilt eine Woche (7 Tage) nach Beschlussfassung – d.h. jeweils 7 Tage nach der jeweiligen Stadtratssitzung – als ortsüblich bekannt gegeben. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 9 Jastimmen und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2159-74(V)14

Der Antrag A0130/13 der Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz –

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat einen Formulierungsvorschlag zur Ergänzung der Bekanntmachungssatzung um einen Paragraphen vorzulegen, in dem eindeutig und verständlich der Zeitpunkt der Bekanntgabe von Stadtratsbeschlüssen geregelt ist.
2. Folgende Formulierung wird seitens des Antragstellers vorgeschlagen: „Ein Stadtratsbeschluss gilt mit Bestätigung des Protokolls in der Folgesitzung als bekannt gegeben.“
3. Der Stadtrat beschließt nach Einreichung eines Vorschlags über die Varianten und Ergänzungen der Bekanntmachungssatzung. –

wird **abgelehnt**

Neuanträge

6.7. Verkehrssicherheit Universitätsplatz

A0004/14

FDP-Fraktion

---

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0004/14 in den Ausschuss StBV – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0004/14 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

- 6.8. Konzept zur Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse A0014/14  
Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei
- 

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0014/14 in die Ausschüsse VW und RWB – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0014/14 wird in die Ausschüsse VW und RWB überwiesen.

- 6.9. Lärmschutz am Verkehrslandeplatz Magdeburg A0002/14  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0002/14 in die Ausschüsse KRB und RWB vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0002/14 wird in die Ausschüsse KRB und RWB überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0002/14/1 der Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz wird in die Beratungen mit einbezogen.

- 6.10. Nutzungskonzept Albinmüller-Turm A0005/14  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0005/14 in die Ausschüsse K, FG und RWB – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0005/14 wird in die Ausschüsse K, FG und RWB überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0005/14/1 der Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz wird in die Beratungen mit einbezogen.

- 6.11. Gestaltungskonzept Querung Adelheidring A0012/14  
Fraktion CDU/BfM
- 

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0012/14 in den Ausschuss StBV – vor.  
Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:  
Der Antrag A0012/14 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

- 6.12. Beleuchtung der Haltestelle "Schlachthof" A0007/14  
SR Stage und SR Wendenkampf  
future! - Die junge Alternative
- 

Stadtrat Stage, future! – Die junge Alternative, bringt den Antrag A0007/14 ein.

Gemäß Antrag A0007/14 der Stadträte Stage und Wendenkampf, future! – Die junge Alternative **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 2160-74(V)14

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, wie schnellstmöglich realisiert werden kann, dass die Haltestelle "Schlachthof" (Buslinie 52) beleuchtet wird.

- 6.13. Fair gehandelte Blumen für offizielle Anlässe A0008/14  
 SR Stage und SR Wendenkampf  
 future! - Die junge Alternative
- 

Stadtrat Stage, future! – Die junge Alternative, bringt den Antrag A0008/14 ein und bittet um Zustimmung.

Gemäß Antrag A0008/14 der Stadträte Stage und Wendenkampf, future! – Die junge Alternative, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 10 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2161-74(V)14

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ab März 2014 bei offiziellen Anlässen (Geburtstage, Ehrungen usw.) nur noch regionale oder fair gehandelte Blumen zu verwenden bzw. zu überreichen.

- 6.14. Kriterienerfüllung Fairtrade-Stadt Magdeburg A0003/14  
 Interfraktionell
- 

Gemäß vorliegendem interfraktionellen Antrag A0003/14 **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 5 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2162-74(V)14

Zur Umsetzung des SR-Beschlusses (Nr. 1556-56(V)12) vom 12.11.2012 für die Erlangung des Titels „Fair-Trade-Stadt“ ist zukünftig bei allen öffentlichen Terminen und Veranstaltungen der Stadt Magdeburg, bei denen eine Bewirtung vorgesehen ist, Fair-Trade-Kaffee sowie mindestens ein weiteres Produkt (wie z.B. Zucker, Kekse, Obst, Saft etc.) aus fairem Handel zu verwenden.

Bei Präsentkörben aus der LH Magdeburg sollten möglichst auch FairTrade-Produkte verwendet werden.

6.15.	Kinderfreundliche Homepage SR Stage und SR Wendenkampf future! - Die junge Alternative	A0009/14
-------	--	----------

---

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0009/14 in den Ausschuss VW vor, der durch Stadtrat Stage, future! – Die junge Alternative und Stadtrat Bartelmann, FDP-Fraktion um die Ausschüsse KRB, Juhi, FuG und BSS ergänzt wird.

Gemäß ergänztem GO-Antrag der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0009/14 wird in die Ausschüsse KRB, Juhi, FuG, VW und BSS überwiesen.

6.16.	Standortprüfung neues Gymnasium FDP-Fraktion	A0006/14
-------	---	----------

---

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster bringt den Antrag A0006/14 ein.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter aller Fraktionen und der Verwaltung zum vorliegenden Antrag A0006/14 Stellung.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz Herr Theile spricht sich im Namen seiner Fraktion ebenfalls für die Errichtung eines zentrumnahen Gymnasiums aus. Er nimmt weiterhin zu den vorliegenden Änderungsanträgen A0006/14/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und A0006/14/2 der Fraktion CDU/BfM Stellung und signalisiert die Ablehnung hierzu.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, bringt den Änderungsantrag A0006/14/2 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt bringt den Änderungsantrag A0006/14/1 ein und signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion sowohl zum Antrag A0006/14 als auch zum Änderungsantrag A0006/14/2 der Fraktion CDU/BfM.

Stadtrat Hoffmann, Fraktion CDU/BfM, hält die von der Verwaltung vorgeschlagene Fläche neben dem Rathaus für ungeeignet und bittet darum, über alternative Standorte zu diskutieren.

Stadtrat Stage, future! – Die junge Alternative, hält es für legitim, über Alternativstandorte zu diskutieren. Er unterstützt den Antrag A0006/14 der FDP-Fraktion.

Stadtrat Schindehütte, Fraktion CDU/BfM, informiert, dass die Drucksache DS0518/13 bereits im Ausschuss BSS behandelt wurde, er diese für nicht aussagekräftig genug hält und er den Bürgermeister Herrn Dr. Koch um Ergänzungen gebeten hat.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, verweist auf die kontroverse Diskussion innerhalb der Fraktion. Er hält den Neubau eines Gymnasiums für die günstigste Lösung und bittet darum,

den Antrag A0006/14 der FDP-Fraktion und die vorliegenden Änderungsanträge A0006/14/1 und A0006/14/2 **abzulehnen**.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt zur Thematik Stellung und merkt an, dass alle drei vorgeschlagenen Standorte grob durch die Verwaltung geprüft worden sind und eine seriöse Prüfung 1 Jahr dauern würde. Er begründet den in der Drucksache DS0518/13 favorisierten Standort neben dem Rathaus.

Im Rahmen der weiteren Diskussion hinterfragt Stadtrat Kraatz, Fraktion CDU/BfM die schadstoffreiche Belastung im Gebäude des ehemaligen Krankenhaus Altstadt. Er plädiert ebenfalls dafür, weitere Varianten zu untersuchen.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, fordert in seinen Ausführungen belastendes Zahlenmaterial für die Untersuchung der Alternativstandorte. Er bittet darum, die im Ausschuss BSS gestellten Fragen durch die Verwaltung zu beantworten.

Mit Verweis auf die steigenden Schülerzahlen stellt Stadtrat Danicke, SPD-Stadtratsfraktion, fest, dass die Landeshauptstadt Magdeburg dringend ein neues Gymnasium braucht.

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz, hält die hier geführte Debatte für wenig hilfreich und hat die Sorge, dass diese zur Drucksache DS0518/13 im Stadtrat am 20.02.14 fortgesetzt wird. Sie bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0006/14 in die Ausschüsse BS und StBV – ein.

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst weist bezüglich der GO-Antragstellung der Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz, auf die Absprache zum Umgang mit Prüfaufträgen hin.

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM, favorisiert in seinen Ausführungen den Standort Krankenhaus Altstadt und bittet darum, diese Variante zu untersuchen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt merkt an, dass nach seiner Auffassung alle bisher vorgeschlagenen Standorte Vor- und Nachteile haben. Er sieht aber die Möglichkeit, die Rahmen- und Randbedingungen dazu einzuschätzen und den Grundsatzbeschluss in der nächsten Stadtratssitzung zu fassen.

Bezüglich der Nachfrage des Stadtrates Kraatz, Fraktion CDU/BfM, zu möglichen Altlasten im ehemaligen Krankenhaus Altstadt, kündigt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper an, eine Information, in der ein Schreiben des Finanzministeriums zur Thematik wiedergegeben wird, an den Stadtrat weiterzuleiten.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat mit 15 Ja-, 19 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag A0006/14/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

Der erste Absatz des Beschlusstextes wird wie folgt geändert (Änderung im Fettdruck):

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, als alternativen Standort für ein neues, zentrumsnahes Gymnasium in der Landeshauptstadt Magdeburg die Gebäudekomplexe in der Max-Otten-Straße 11-15 (ehemaliges Krankenhaus Altstadt) sowie **die Standorte Universitätsplatz und das Gelände des ehemaligen ZOB** prüfen zu lassen. –

wird **abgelehnt**.

Das Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag A0006/14/2 der Fraktion CDU/BfM (17 Ja-, 17 Neinstimmen und 3 Enthaltungen) wird von Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, angezweifelt und die Abstimmung wird wiederholt.

Der Stadtrat **beschließt** mit 17 Ja-, 17 Neinstimmen und 3 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag A0006/14/2 der Fraktion CDU/BfM –

Der Beschlusstext des Antrages ist folgendermaßen zu ändern: (**fett/kursiv/durchgestrichen**):

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, als alternativen Standort für ein neues, zentrumnahes Gymnasium in der Landeshauptstadt Magdeburg, die Gebäudekomplexe in der Max-Otten-Straße 11 – 15 (ehemals Krankenhaus Altstadt), **weitere ungenutzte städtische Immobilien und nachrangig freie städtische Grundstücke im Bereich Listemannstraße/Ecke Jakobstraße** prüfen zu lassen.

Dabei soll eine vergleichende Analyse zwischen dem in der Drucksache DS0518/13 favorisierten Gelände und ~~dem Krankenhaus Altstadt~~ **weiterer Möglichkeiten** u.a. anhand einer Gegenüberstellung vergleichbarer Kriterien vorgenommen werden. Diese ist dem Stadtrat im I. Quartal 2014 vorzulegen. –

wird **abgelehnt**.

Gemäß Antrag A0006/14 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mit 19 Ja-, 17 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 2163-74(V)14

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, als alternativen Standort für ein neues, zentrumnahes Gymnasium in der Landeshauptstadt Magdeburg die Gebäudekomplexe in der Max-Otten-Straße 11 – 15 (ehemals Krankenhaus Altstadt) prüfen zu lassen.

Dabei soll eine vergleichende Analyse zwischen dem in der Drucksache DS0518/13 favorisierten Gelände und dem Krankenhaus Altstadt u.a. anhand einer Gegenüberstellung vergleichbarer Kriterien vorgenommen werden. Diese ist dem Stadtrat im I. Quartal 2014 vorzulegen.

6.17. Unterstellmöglichkeiten an der Haltestelle Libellenweg  
Fraktion CDU/BfM

---

A0010/14

Gemäß Antrag A0010/14 der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 2164-74(V)14

Die städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH & Co. KG werden beauftragt darauf hinzuwirken, dass die Situation der wartenden Fahrgäste an der Haltestelle Libellenweg verbessert wird.  
So kann beispielsweise die Unterstellmöglichkeit der nicht mehr genutzten Bus-Haltestelle „Lindenhof“ auf der Leipziger Chaussee dorthin umgesetzt werden.

6.18. Flächentausch bzw. -ankauf  
Fraktion CDU/BfM

---

A0011/14

Gemäß Antrag A0011/14 der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 8 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2165-74(V)14

Die Verwaltung prüft den Ankauf/Tausch oder die Umlegung einer geeigneten Fläche im Bereich des Damaschkeplatzes, Ecke Adelheidring/Olvensteder Straße zur Verbesserung der verkehrlichen Situation für Fußgänger und Radfahrer.  
Das Ergebnis der Prüfung ist dem Stadtrat bis 30.05.2014 zur weiteren Entscheidung vorzulegen.

6.19.	Entfernung des Zaunes um die Grünfläche an der Straße Am Brellin	A0013/14
	SPD-Stadtratsfraktion	

---

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0013/14 in den Ausschuss StBV – vor, der durch Stadtrat Bartelmann, FDP-Fraktion, um den Ausschuss KRB ergänzt wird.

Gemäß ergänztem GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0013/14 der SPD-Stadtratsfraktion wird in die Ausschüsse KRB und StBV überwiesen.

6.20.	Verlängerung des Tunnels	A0015/14
	Fraktion CDU/BfM	

---

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, bringt den Antrag A0015/14 ein und bittet um Zustimmung.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter einzelner Fraktionen und der Verwaltung zur Thematik Stellung.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt zum vorliegenden Antrag A0015/14 Stellung und hält die Verlängerung des Tunnels für unsinnig.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt legt kritisch seinen Standpunkt zum Antrag A0015/14 dar und bezeichnet diesen als kontraproduktiv. Er signalisiert im Namen seiner Fraktion die Ablehnung zum Antrag A0015/14.

Stadtrat Stage, future! – Die junge Alternative, weist daraufhin, dass es sich beim vorliegenden Antrag A0015/14 um einen Prüfauftrag handelt. Er bringt den Änderungsantrag A0015/14/1 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz Herr Theile hält die Formulierung im Antrag A0015/14 für unkonkret und hält eine erneute Diskussion mit Blick auf die Haushaltslage der Stadt für obsolet. Er spricht sich im Namen seiner Fraktion ebenfalls für die Ablehnung des Antrages A0015/14 aus.

Stadtrat Schumann, Fraktion CDU/BfM, erläutert die Zielstellung des Antrages A0015/14.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist darauf, dass die Debatte zu dieser Thematik bereits im Jahr 2009 geführt wurde und durch die Verwaltung geprüft wurde. Er stellt bezüglich des geplanten Tunnelbaus (Damaschkeplatz) klar, dass dieser nicht zur Entlastung des Verkehrs in der Innenstadt führen wird, sondern lediglich die Situation unter den Brücken und am Tor zur Innenstadt entflechten soll. Dr. Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper führt weiter aus, dass der geplante Tunnel den Zielverkehr in die Innenstadt erleichtern soll, nicht aber den Durchgangsverkehr durch die Innenstadt hindurch.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, stellt fest, dass der Prüfauftrag der Stadt viel Geld kosten würde und dies die Stadt sich nicht leisten kann.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann geht erläuternd auf den Aufwand, der bei der Prüfung auf die Verwaltung zukommen würde, ein. Er stellt klar, dass nicht ausreichend Personal für diese Zusatzaufgabe zur Verfügung steht.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, zitiert in seinen Ausführungen aus dem ISEK von November 2013.

Abschließend stellt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper bezüglich des Hinweises des Stadtrates Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM zum ISEK klar, dass damit der Tunnelbau am Damaschkeplatz gemeint ist.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 7 Jastimmen und 7 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2166-74(V)14

Der Antrag A0015/14 der Fraktion CDU/BfM –

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, inwieweit in einem überschaubaren Zeitraum eine Verlängerung des Tunnels bis zu den Elbbrücken realisierbar ist. Dabei ist besonders eine mögliche finanzielle Unterstützung dieses Projektes durch den Bund und das Land zu prüfen bzw. nachzufragen. Des Weiteren sind zur Finanzierung andere Möglichkeiten in Erwägung zu ziehen.

und der Änderungsantrag A0015/14/1 der Stadträte Stage und Wendenkampf, future! – Die junge Alternative –

Der Antrag wird wie folgt geändert bzw. ergänzt:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, inwieweit in einem überschaubaren Zeitraum eine Verlängerung des Tunnels bis ~~zu den Elbbrücken~~ **zur Gabelung Berliner Chaussee / Jerichower Straße ggf. schrittweise** realisierbar ist. Dabei ist besonders eine mögliche finanzielle Unterstützung dieses Projektes durch den Bund und das Land zu prüfen bzw. nachzufragen. Des Weiteren sind zur Finanzierung andere Möglichkeiten in Erwägung zu ziehen.

**Darüber hinaus ist die sinnvolle verkehrliche Anbindung der GETEC-Arena und der MDCC-Arena zu berücksichtigen. -**

werden **abgelehnt**.

6.21.       Rekonstruktion/Gestaltung Gebäude Ernst-Reuter-Allee/Breiter       A0016/14  
              Weg  
              Fraktion CDU/BfM

---

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, bringt den Antrag A0016/14 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz Herr Theile hält den Antrag A0016/14 für unrealistisch. Er regt an den Eigentümer des „Blauen Bocks“ aufzufordern, endlich was mit der Immobilie zu tun.

Der Stadtrat **beschließt** mit 8 Ja-, 13 Neinstimmen und 11 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 2167-74(V)14

Der Antrag A0016/14 der Fraktion CDU/BfM –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob durch die Stadt oder durch eine städtische Gesellschaft der Ankauf, die Rekonstruktion und die Gestaltung des Gebäudes in der Ernst-Reuter-Allee/Breiter Weg (Blauer Bock) erfolgen kann.

Nach Fertigstellung der Rekonstruktion und Gestaltung sollte dann in diesem Gebäude perspektivisch das Baudezernat untergebracht werden. Zur Teilfinanzierung dieses Vorhabens könnte das Gelände des ehemaligen Baudezernates und der in der Nähe befindlichen Berufsschulen als Bauland für Eigenheime vermarktet werden. –

wird **abgelehnt**.

## 8. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

---

### 8.1. Schriftliche Anfrage (F0022/14) der Stadträtin Zimmer, Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz

Gleichwertigkeit von Hochschulabschlüssen bei Stellenausschreibungen der LH Magdeburg

#### **Ich frage den Oberbürgermeister:**

Aus aktuellem Anlass bitte ich um die **kurzfristige** schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

1. Werden die in der Bundesrepublik gültigen Studienabschlüsse Master, Bachelor, Magister und Diplom durch die Landeshauptstadt Magdeburg als gleichwertig anerkannt?
2. Wenn ja, kommt es trotzdem vor, dass Bewerberinnen oder Bewerber im Stellenauswahlverfahren ausscheiden, weil sie keinen Master-, Bachelor- oder Diplom-Abschluss, sondern einen Magister im gleichen Fachgebiet haben?
3. Wenn die Abschlüsse nicht als gleichwertig anerkannt werden, worin liegt die Begründung?
4. Kommt es generell vor, dass Bewerberinnen und Bewerber mit Magister-Abschlüssen mit der Begründung "unterqualifiziert" abgelehnt werden?
5. Stimmt die Landeshauptstadt Magdeburg mit der Ansicht überein, dass Bewerberinnen und Bewerber mit einem universitären Abschluss, welche seit mehreren Jahren z.B. in einem Jugendamt tätig sind, damit einen entsprechenden Praxisbezug nachweisen können?
6. Kann die Landeshauptstadt Magdeburg eine Beratung des FB01 (durchgeführt im Januar unter Einbeziehung des Rechtsamtes) bestätigen, auf der beschlossen wurde, dass zukünftig keine Magister mehr eingestellt werden?
7. Gibt es landesrechtliche Regelungen, die den Einsatz von Magister-Absolventinnen und – Absolventen in Einrichtungen der Jugendhilfe ausschließen?

Da die Antworten auch von grundsätzlicher Bedeutung für zukünftige Bewerber/-innen sein können, bitte ich darum, die Fragen so zu beantworten, dass sie weitergereicht werden können. Eventuell nicht für die Öffentlichkeit zugelassene Aussagen bitte ich getrennt zu tätigen.  
*Ich bitte um kurzfristige ausführliche schriftliche Stellungnahme.*

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.2. Schriftliche Anfrage (F0023/14) des Stadtrates Nordmann, Fraktion CDU/BfM

Sachstand Böckelmannsche Villa

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ich nehme Bezug auf den Änderungsantrag DS0139/10/1 der SPD-Stadtratsfraktion/CDU-Fraktion, der im Zusammenhang mit dem Erwerb der Böckelmannschen Villa in Ottersleben gestellt wurde. Im Änderungsantrag wurde unter Punkt 2 der Zusatz formuliert, dass die Verwaltung sicherzustellen hat, dass die Nutzer keine Miete im klassischen Sinne zahlen sondern stattdessen eine Rücklage, in Höhe der bisherigen Miete, zu bilden haben, um sicherzustellen, dass zukünftig keine Kosten auf die Stadt zukommen. Die gebildeten Rücklagen sollen für die laufende Sicherung des Gebäudes zur Verfügung stehen. Bereits im letzten Jahr stellte ich zu dieser Thematik eine Anfrage an die Verwaltung des Jugendamtes. Die Antwort ist bisher ausstehend. Daher frage ich erneut:

Ist die Umsetzung gemäß dem Stadtratsbeschluss erfolgt?  
Wenn ja, in welcher Höhe sind zum heutigen Zeitpunkt Rücklagen gebildet worden für Maßnahmen der Sanierung bzw. laufenden Instandhaltung am Gebäude?

Ich bitte um schriftliche Beantwortung meiner Anfrage.

Antwort des Beigeordneten für Finanzen und Vermögen Herrn Zimmermann:

Der Beigeordnete Herr Zimmermann hält den Zeitpunkt für eine mündliche Ausführung für nicht günstig und begründet die Auffassung mit dem nichtöffentlichen Charakter von Vertragsinhalten. Er legt dar, dass es im Moment hinsichtlich der Vertragskultur und der Tätigkeit des Freien Trägers, der derzeit das Gebäude nutzt, keine Probleme gibt. Herr Zimmermann versichert seine Bereitschaft, im Zusammenwirken mit dem Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit, die Frage schriftlich zu beantworten und hierzu den Öffentlichkeitscharakter zu prüfen.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.3. Schriftliche Anfrage (F0018/14) der Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE/  
Menschenrechte, Tier- und Naturschutz

Krankenschwester Förderschule Fermersleber Weg

Der Stadtelternrat hat darüber informiert, dass vom zweiten Schulhalbjahr an in der Förderschule Fermersleber Weg keine Krankenschwester mehr zur Verfügung steht.

**Ich frage den Oberbürgermeister:**

1. Was sind die Gründe dafür?
2. Wie soll künftig die notwendige medizinische Betreuung der Schülerinnen und Schüler an dieser Förderschule erfolgen?

Ich bitte um eine mündliche und eine schriftliche Beantwortung.

Antwort des Bürgermeisters Herrn Dr. Koch:

In seiner Beantwortung bestätigt der Bürgermeister Herr Dr. Koch, dass die in Zuständigkeit des Landes Sachsen-Anhalt liegende Betreuung für diesen Monat noch abgesichert ist und seitens des Landes versucht wird, die Betreuung anschließend auch weiterhin abzusichern. Er informiert über die ihm landesseitig vermittelte Kenntnis, dass Hintergrund hierfür Fragen hinsichtlich der Finanzierung der Vereinbarung Pflegedienst und Pflegekassen sind. Ebenso stellt sich die Situation dar, dass das Betreuungspersonal von der Schul- und Landesträgerschaft Tangerhütte zur Verfügung gestellt wird und es in diesem Zusammenhang Probleme zu Modalitäten der Versetzungen gibt.

Im Weiteren legt er dar, dass seinerseits bereits vor einem halben Jahr diese Situation dem damaligen Abteilungsleiter im Kultusministerium Herrn Nieper geschildert wurde. Dieser brachte dabei zum Ausdruck, dass das Kultusministerium die Betreuung absichern werde. Mit Hinweis auf die Zuständigkeit des Landes legt er insbesondere dar, seitens der Stadt keine Möglichkeit des Eingreifens zu haben und versichert das Interesse daran, dass die Betreuung abgesichert wird.

8.4. Schriftliche Anfrage (F0014/14) des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM

Mögliche Änderungen beim Kommunalabgabengesetz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

es gab Pressemeldungen, dass es bei den regierungstragenden Landtagsfraktionen Überlegungen für die Einführung einer Verjährungsfrist für die Durchsetzbarkeit von kommunalen Abgaben, wie Straßenausbaubeiträgen, gibt.

Ich frage die Stadtverwaltung deshalb:

1. Wie ist der Erkenntnisstand der Stadtverwaltung zu diesem Sachverhalt?

2. Wie ist die Position der Stadt Magdeburg zu einer geplanten Verjährungsfrist der Straßenausbaubeiträge?
3. Wie wird sich die Stadtverwaltung Magdeburg in die entsprechenden Prozesse zur Gesetzgebung einbringen?
4. Bei einer geplanten Verjährungsfrist von 10 Jahren, wie hoch wäre ein evtl. Ausfall von noch zu erhebenden Gebühren?
5. Welche Maßnahmen sind evtl. vorgesehen, um solche Ausfälle an Beiträgen zu verhindern?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann:

Eingehend auf die Fragestellungen des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM, verweist der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann darauf, dass Angelegenheiten im Abwasserrecht nicht unmittelbar mit den Straßenausbaubeiträgen vergleichbar sind.

Herr Dr. Scheidemann informiert, dass die Stadt noch nicht in das geplante Gesetzesvorhaben einbezogen wurde und es auch noch keine Anfragen über die Verbände oder von der Landesregierung selbst gibt. Er verweist darauf, dass sich die Verjährungsfrist bei den einzelnen Maßnahmen sehr unterschiedlich darstellt. Es werde bei einzelnen Fragen z.B. auf Fertigstellung der Maßnahme oder auf andere gebührenrechtliche Ansätze abgestellt. Insbesondere legt er die Auffassung dar, dass die bisherigen Regelungen in den Straßenausbaubeitragssätzen korrekt sind.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.5. Schriftliche Anfrage (F0009/14)des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Meile der Demokratie

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Die Meile der Demokratie mit ihren Meilensteinen hat im Zusammenwirken mit allen anderen Aktivitäten des friedlichen Protestes wie Demonstrationen und friedlichen Blockaden gezeigt, dass ein gemeinsames Auftreten gegen Neonazis und ihre Versuche, Geschichte zu fälschen und Hass zu sähen, erfolgreich sein kann. Dafür gebührt dem Bündnis gegen Rechts mit allen Akteuren, aber auch der Initiative Block MD und allen gewaltfrei Protestierenden unser Dank.

Magdeburg hat sich als eine tolerante und weltoffene Stadt präsentiert, die rechten Parolen und rechten Aufmärschen keinen Platz bietet.

Aus unserer Sicht ist die Mischung der unterschiedlichen Protestformen von der Besetzung der Innenstadt durch die Meile der Demokratie und die Meilensteine über die Kundgebungen im gesamten Stadtgebiet, insbesondere an den Bahnhöfen, bis hin zu den gewaltfreien Blockaden der Neonazidemonstration wichtig und eine Ursache für den Erfolg.

Wir sehen jedoch einige Punkte der Strategie und Taktik der Polizei als kritikwürdig, die durch umfangreiche Straßensperrungen sowohl die Bewegungsfreiheit der Magdeburgerinnen und Magdeburger unangemessen einschränkte als auch die Zugänge zu angemeldeten Demonstrationen und Meilensteinen blockierte, um den Neonazis Wege frei zu machen.

Wohl wissend, dass der Einsatz der Polizei Landessache ist, jedoch für einen Oberbürgermeister, die Stadtverwaltung und den Stadtrat Einflussmöglichkeiten bestehen, fragen wir:

1. Gab es im Vorfeld Abstimmungen zwischen dem OB und der Polizei über deren Strategie?
2. Teilen Sie unsere Auffassung, dass es einer engeren Abstimmung zwischen Oberbürgermeister und Stadtrat einerseits und der Polizei andererseits bedarf?
3. Welche Möglichkeiten sehen Sie, seitens der Stadt künftig mehr Einfluss auf die Strategie der Polizei zu nehmen, um eine derartige Beeinträchtigung des städtischen Lebens wie am 18.1.2014 zu vermeiden?

Ich bitte um kurze mündliche und ergänzende schriftliche Beantwortung, wenn erforderlich auch im nichtöffentlichen Teil.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Bezug nehmend auf Punkt 1 der Fragestellungen informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass es eine direkte Abstimmung zwischen ihm und der Polizei noch in keinem Jahr gegeben hat und es auch im nächsten Jahr nicht geben wird. Als Grund benennt er hierfür, dass dies in der Verantwortlichkeit des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz in seiner Eigenschaft als Versammlungsleiter liegt, der auch die Abstimmungen hinsichtlich der Organisation für die Gegendemonstration geführt hat. Eine Aussage, ob eine Abstimmung mit der Polizei zu deren konkreter Taktik sinnvoll ist, kann von ihm nicht getroffen werden. Herr Dr. Trümper informiert, dass er im Februar bzw. Anfang März ein Gespräch mit den Verantwortlichen der Polizei zur Auswertung der gesamten Situation führen wird. Hierbei wird er auch die von ihm geteilte Auffassung, dass die Brückensperrung unangemessen war, thematisieren.

Insbesondere verweist er darauf, dass von ihm die Meile der Demokratie unterstützt wird.

Ergänzende Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

In seinen Ausführungen bestätigt der Beigeordnete Herr Platz, in seiner Eigenschaft als Versammlungsleiter natürlich entsprechende Absprachen mit der Polizei geführt zu haben und auch in jedem Jahr mit dem „Bündnis gegen Rechts“.

Zum Inhalt der Absprachen informiert er, dass sich diese einmal darauf bezogen, wie die Polizei die Veranstaltungen, also nicht nur die Meile selbst, sondern auch die Meilensteine angemessen schützen will. Dieses klar programmierte Ziel, wie auch das gesamte Konzept, ist aufgegangen.

Als weiteren Punkt benennt Herr Platz, wie die Polizei sicherstellen kann, dass Besucher der Veranstaltungen dies auch erreichen können. Auf Grund im Nachgang eingegangener Hinweise und persönlicher Erfahrungen hinsichtlich der Erreichbarkeit der Veranstaltungen legt er seine Auffassung dar, dass diese Thematik nochmals intensiv besprochen und ausgewertet werden

müsse, auch um zu hören, welche Gründe seitens der Polizei vorlagen und wie sich für diese die Situation darstellt.

8.6. Schriftliche Anfrage (F0010/14) der Stadträtin Schuster (gestellt von Stadtrat Hans-Jörg Schuster) FDP-Ratsfraktion

Zaun Demenz Centrum Vitanas Materlikstraße 1-10

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

das neue Vitanas Demenz Centrum im Gebäude der ehemaligen Reichbahndirektion am Schleinufer wurde im August 2013 eröffnet. Die Fertigstellung der Außenanlagen erfolgte sukzessive. Nun wurde auch ein Zaun, der das Areal umgrenzt, errichtet. Dieses „Bauwerk“ wirft einige Fragen auf, u.a. weil es dem Stadtbild nicht angemessen erscheint.

Ich bitte um eine kurze mündliche und ggf. ergänzende schriftliche Beantwortung nachstehender Fragen:

1. Ist bekannt, ob der Zaun ein Provisorium ist oder bereits die endgültige Umgrenzung des Areals?
2. Gibt es eine vertragliche Vereinbarung zwischen der Stadt und der Vitanas-Gruppe über Art und Gestaltung der Umgrenzung? Wenn ja, was sieht sie vor und wurden die Vorgaben eingehalten?
3. Wenn die Frage 2 verneint wird: Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Eingrenzung des Vitanas-Areals dem Straßenbild angemessener zu gestalten?

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann:

In seiner Beantwortung verweist der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann darauf, dass die Gestaltung der Außenanlagen noch nicht endgültig ausgeführt ist. So fehle noch der Farbanstrich und vor allen Dingen die Bepflanzung des Zaunes. Die Außengestaltung ist mit der unteren Denkmalschutzbehörde abgestimmt.

Er informiert, dass mittelfristig eine Erweiterung des Zentrums geplant ist. Zum Hinweis des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper, dass die Erweiterung seines Wissens nach nicht in dem umzäunten Areal erfolgen kann, führt der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann aus, dass ggf. eine Ergänzung durch einen Anbau an das Gebäude der ehemaligen Reichsbahndirektion erfolgt.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper stimmt den Ausführungen des Stadtrates Schuster zu und legt seine Auffassung dar, dass der Zaun in seinem jetzigen Zustand dort nicht verbleiben kann und die Problematik mit den hierfür zuständigen Mitarbeitern der Vitanas-Gruppe besprochen wird.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

### 8.7. Schriftliche Anfrage (F0013/14) des Stadtrates Stage, future! – Die junge Alternative

Magdeburg, eine Stadt im Ausnahmezustand

"Magdeburg, eine Stadt im Ausnahmezustand" lautet der treffende Titel des Berichtes der Demonstrationsbeobachter des Komitees für Grundrechte und Demokratie zu den Ereignissen in Magdeburg vom 18.01.2014.

Vor diesem Hintergrund frage ich Sie, Herr Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper,

- war Ihnen bereits zuvor bekannt, dass die Polizei plant, ganze Stadtteile abzuriegeln und sogar Anwohner/-innen teilweise über zwei Stunden lang daran zu hindern, zu Ihrer Wohnung zu gelangen? Waren Ihnen bereits im Vorfeld die geplanten Demonstrationsrouten der Neonazis bekannt?

Halten Sie und die Verwaltungsspitze es für gerechtfertigt und rechtlich zulässig, dass

- Magdeburgern/-innen aus den ostelbischen Stadtgebieten, die sich beim Versuch, die Brücken zu überqueren, sogar konkret darauf bezogen haben, die angemeldete und genehmigte Meile der Demokratie besuchen zu wollen, dies trotzdem an allen Brücken verwehrt wurde?
- Anwohner/-innen aus den ostelbischen Stadtgebieten, beim Versuch die Elbe heimwärts zu überqueren, teilweise über zwei Stunden lang daran gehindert wurden, zu ihrer Wohnung zu gelangen? Und dass, obwohl sie per Personalausweis bereit waren zu belegen, dass sie tatsächlich Anwohner/-innen sind?
- Magdeburger/-innen, die die angemeldete und genehmigte Kundgebung am Bahnhof Herrenkrug besuchen wollten, ebenso an der Überquerung der Elbe gehindert wurden, teils mit der unwahren Begründung, diese Kundgebung sei bereits aufgelöst?
- das Krankenhaus der *Pfeifferschen Stiftungen* sowohl für Mitarbeiter/-innen als auch Magdeburger/innen, die dort liegende Patient/-innen besuchen wollten, nur über einen ca. 30 km langen Umweg über Schönebeck erreichbar war?

Welche Schritte werden Sie unternehmen, um diese massive Einschränkung der Bürgerrechte der Einwohner/-innen unserer Stadt kritisch gegenüber dem Land zu hinterfragen und auszuwerten? Bis wann wird die erfolgen? Wie werden Sie anschließend die Magdeburger/-innen und uns Stadträte darüber informieren? Wie werden Sie verhindern, dass sich solch eine massive Einschränkung der Bürgerrechte in Zukunft wiederholt? Welche Möglichkeiten sehen Sie darüber hinaus, um einen erneuten Aufmarsch von Neonazis zukünftig weiter zu erschweren?

Ich bitte um kurze mündliche und detaillierte schriftliche Beantwortung.

#### Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Der Beigeordnete Herr Platz legt dar, dass die Idee zur Weiterentwicklung der Meile der Demokratie war, Nazis einfach öffentlichen Raum zu nehmen, und sieht das als effiziente Form der Blockade an.

Da diese Form der Blockade von Hasselbachplatz bis Uniplatz seit Jahren erfolgreich praktiziert wurde, konnte der Bereich auf die Meilensteine ausgedehnt werden. Diese Meilensteine wurden ganz bewusst auf strategische Punkte, in der Regel Bahnhöfe, gelegt, um damit auch in diesen Bereichen gegen die Nazi-Aufmärsche und gegenüber den anreisenden Nazis Flagge zu zeigen. Herr Platz führt aus, auf Grund der erfolgreichen Durchführung der Aktion diesen Weg weiter fortschreiten zu wollen. Er schätzt ein, dass die Meile der Demokratie jetzt offensiver ist und diese Form der Veranstaltung der richtige Weg sei, der auch in den nächsten Jahren weiter gegangen werden sollte. Damit sollte gelingen zu erreichen, dass Nazis ihre Aufmärsche nicht mehr in Magdeburg vornehmen wollen, wenn sie sich nicht frei und ungestört bewegen können.

Hinsichtlich des Verhaltens der Polizei verweist der Beigeordnete Herr Platz darauf, dass dies jedes Jahr Thema sei und er hier im Laufe der Zeit entsprechende Erfahrungen gemacht habe. Er versichert, dass die diesjährige Situation ausgewertet und auch intern Kritik geübt wird. Insbesondere verweist er darauf, dass letztendlich die Entscheidung in Verantwortung des Einsatzführers der Polizei getroffen wird und darauf, dass im Vorfeld der Veranstaltung nicht die Rede von Brückensperrungen war. Ebenso liegt es in der Entscheidung des Einsatzführers, ihn als Versammlungsleiter um eine Meinungsabgabe zu bitten. Seitens der Stadt wurde im Vorfeld deutlich zum Ausdruck gebracht, dass Protest in Hör- und Sichtweite möglich ist

#### 8.8. Schriftliche Anfrage (F0019/14) der Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE/ Menschenrechte, Tier- und Naturschutz

Geltungsbereich und öffentliche Auslegung des Entwurfs zum B-Plan Nr. 262-2

In der Stadtratssitzung vom 7. November habe ich diese Frage (F0156/13) bereits gestellt und um schriftliche Beantwortung gebeten. Der Beigeordnete hat auf diese Frage bis heute nicht geantwortet.

Ich stelle darum diese Frage erneut und bitte um sofortige mündliche Beantwortung:

#### **Ich frage den Oberbürgermeister:**

1. Um wie viele Garagen handelt es sich und wie viele sind derzeit noch belegt?
2. Wie lange gelten die gültigen Nutzungsverträge der Nutzer?
3. Wann wird den derzeitigen Nutzern die Absicht des Abrisses der Garagen mitgeteilt, und zu welchem Zeitpunkt ist beabsichtigt, dass die Nutzer die Garagen räumen sollen?
4. Welche Konsequenzen sieht die Stadt bezüglich der Parkraumsituation in diesem Bereich?

#### Antwort des Beigeordneten für Finanzen und Vermögen Herrn Zimmermann:

Der Beigeordnete Herr Zimmermann spricht seine Entschuldigung für die noch nicht erfolgte schriftliche Beantwortung aus und macht eingehend auf die einzelnen Fragestellungen nachfolgende Ausführungen:

zu Frage 1:

Der Garagenkomplex Struvestraße umfasst insgesamt 135 Garagen. Davon sind 66 Garagen im Eigentum der Stadt und 69 Garagen befinden sich im Eigentum der Pächter. Aktuell sind 113 Garagen belegt.

zu Frage 2:

Die Nutzungsverträge wurden alle auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jedoch differenzieren sie sich aufgrund der verschiedenen Vertragsabschlüsse (DDR-Recht und BGB) u.a. in den Kündigungsmodalitäten. Eine einheitliche Beendigung der Verträge kann demzufolge nicht erfolgen. Folgende Vertragskonstellationen hinsichtlich der Kündigungsfristen liegen vor:

Verträge, die nach dem 03. Oktober 1990 wurden:

Kündigung nach § 580 a in Verbindung mit § 581 Abs. 2 BGB am 3. Werktag eines Kalendermonats zum Ablauf des übernächsten Monats.

Zu Verträgen, die vor dem 03. Oktober 1990 geschlossen wurden, führt er aus, dass hier die Kündigungsfristen zwischen vier Wochen, drei Monate zum Jahresende, drei Monate zum Quartalsende, differieren, einschließlich, dass der Kündigungstermin der 15. eines jeden Monats sein kann. In einigen Verträgen hat der Vermieter die Möglichkeit, bei dringendem Bedarf- z.B. zum Zwecke der Bebauung – außerordentlich zu kündigen. Folgende zwei Möglichkeiten der außerordentlichen Kündigung ergeben sich aus den Verträgen:

Fristlose Kündigungen ohne Einhaltung einer Frist,  
Frist von zwei Wochen zum Ende eines Kalendermonats.

zu Frage 3:

Frühestens mit Beschluss zum B-Plan „Verlängerte Friedrich-Ebert-Straße“ wird der FB Liegenschaftsservice die Garagennutzer über das geplante Vorhaben informieren. Der Vorhabenträger erhält mit dem Grundstückskaufvertrag die Verpflichtung, die betroffenen Nutzer rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahmen über den Abriss der Garagen zu informieren. Der Zeitpunkt zur Beräumung und zum Abriss der Garagen kann nur über den Vorhabenträger unter Beachtung der bestehenden Kündigungsfristen bestimmt werden.

zu Frage 4:

Anhand der vor geraumer Zeit erarbeiteten Verkehrskonzeption für die östlich der Elbe gelegenen Gebiete, ist hinsichtlich der Angebots- und Nachfragesituation festgestellt worden, dass für verschiedene Bereiche des Untersuchungsgebietes an Normalwerktagen nur vereinzelte Parkplatzprobleme zu verzeichnen sind. In den Abendstunden und an Wochenenden herrscht hier jedoch eine angespannte Verkehrssituation des ruhenden Verkehrs, speziell in den hochverdichteten benachbarten Wohngebieten mit engen Straßenräumen. Für das B-Plan Gebiet ergeben sich Belange des Einkaufsverkehrs sowie wie punktuell Aufkommen bei Veranstaltungen am unmittelbar angrenzenden Sportplatz. Mit Wegfall dieser Garagen wird der Stellplatzdruck im Umfeld zunehmen, vorausgesetzt die Garagen werden derzeit ständig als PKW-Stellplätze genutzt. Das entzieht sich jedoch der Kenntnis der Verwaltung. Bei der Entwicklung des B-Planes ist diese Parkplatzsituation zu berücksichtigen.

### 8.9. Schriftliche Anfrage (F0008/14) des Stadtrates Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM

Betreibung von Tierheimen/Tierpensionen in der LH MD

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

das neu formulierte Tierschutzgesetz schreibt in § 11, Abs.1, Nr. 3 vor, dass „... wer Tiere in einem Tierheim oder in einer ähnlichen Einrichtung hält.“, sowie in Nr. 8, Pkt. f dieses Paragrafen „...für Dritte Hunde ausbildet oder die Ausbildung der Hunde durch den Tierhalter anleitet ....“, man eine Erlaubnis vorweisen muss.

Wir fragen deshalb an:

1. Gibt es eine Übersicht über Tierheime oder andere ähnliche Tierpensionen in der Landeshauptstadt Magdeburg?
2. Werden diese gewerbsmäßig betriebenen Tierhaltungen amtstierärztlich überwacht und inwieweit ist das Genehmigungsverfahren realisiert?
3. Wie stellt sich der allgemeine und veterinärhygienische Zustand dieser Tierpensionen dar?
4. Sind bei den Kontrollen Mängel aufgetreten?
5. Wie werden festgestellte Missstände und Unzulänglichkeiten in diesen Einrichtungen geahndet bzw. wie werden diese behoben?
6. Gibt es eine Übersicht über die bestehenden Hundeschulen und die entsprechende Qualifikation der Betreiber in der Landeshauptstadt Magdeburg?
7. Wie ist der Stand der Genehmigungsverfahren?

Wir bitten um eine kurze mündliche Antwort und eine ausführliche schriftliche Stellungnahme.

#### Antwort des Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Herrn Brüning:

Der Beigeordnete Herr Brüning sagt die ausführliche schriftliche Beantwortung zu. Er informiert, dass es in Magdeburg neben dem Tierheim 15 Tierpensionen gibt. Diese werden mehrmals im Jahr durch das Gesundheits- und Veterinäramt aufgesucht. Im Jahr 2013 wurden keine Mängel festgestellt, die eingreifende Maßnahmen erforderlich gemacht hätten. Maßnahmen, wie z.B. die Erteilung von Auflagen oder Bußgeldverfahren, waren jedoch nicht notwendig. Für die ab 01. August 2014 erforderliche Erlaubnis der Betreibung erging an alle Betreiber die Aufforderung, die entsprechende Antragstellung vorzunehmen.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.10. Schriftliche Anfrage (F0020/14) des Stadtrates Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Ich bitte um Beantwortung der nachfolgenden Fragen:

1. Ist sich der Oberbürgermeister der besonderen, bundesgesetzlich verankerten Bedeutung des Jugendhilfeausschuss bewusst?
2. Hat der Oberbürgermeister insbesondere zur Kenntnis genommen, dass der Jugendhilfeausschuss gemäß § 1 Abs. 3 Satzung für das Jugendamt der Landeshauptstadt vom 05. Februar 2004 den Status hat, Teil des Jugendamtes zu sein?
3. Resultiert für den Oberbürgermeister daraus die Konsequenz, fachliche Beschlüsse des Jugendhilfeausschuss umzusetzen bzw. entsprechende Drucksachen für das Jugendamt in den Stadtrat einzubringen?

Um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Stellungnahme wird gebeten, insbesondere zum Status der Entscheidungen des Jugendhilfeausschuss im Kontext verwaltungstechnischer Umsetzungen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper bringt in seiner Beantwortung seine Überraschung bezüglich eines in der Presse veröffentlichten Artikels hinsichtlich des Eingriffs des Jugendhilfeausschusses in das Kitaausbauprogramm zum Ausdruck und legt dar, diesen zum Anlass genommen zu haben, die entsprechende Vorlage für die Beschlussfassung durch den Jugendhilfeausschuss hierzu nochmals gelesen zu haben. Zu dem hier dargelegten Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Bestätigung des zu erwartenden Bedarfes führt er aus, dass es unterschiedliche Auffassungen zwischen Verwaltung und Ausschuss gibt. Zu der vom Jugendhilfeausschuss dargelegten Auffassung, dass mehr Krippenplätze gebraucht werden, als von der Verwaltung dargestellt, verweist er auf seine bereits Anfang Januar in einer Presseveröffentlichung getroffene Aussage, den tatsächlichen Bedarf nicht einschätzen zu können und zunächst die Entwicklung hierzu abzuwarten.

Im Weiteren führt er aus, dass ihm die Funktion des Jugendhilfeausschusses natürlich bekannt ist. Für ihn stellt sich jedoch die Frage, welche Bedeutung der Beschluss des Jugendhilfeausschusses hat. Hierzu verweist er auf seine gegenüber der Presse gemachten Äußerung, dass er darin keine bauliche und finanzielle Relevanz sehe. Er legt seine Auffassung dar, dass seitens des Jugendhilfeausschusses die vorgelegten Zahlen angezweifelt werden können, aber für die bauliche und finanzielle Umsetzung müsse eine Entscheidung durch den Stadtrat getroffen werden.

Er verweist darauf, dass ohne eine Beschlussfassung des Stadtrates die Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses keine Relevanz auf bauliche Fragen haben.

Er bekräftigt, bei dieser vom ihm getroffenen Aussage zu bleiben und verweist darauf, dass der Jugendhilfeausschuss nicht berechtigt sei zu beschließen, dass für 391 zusätzliche Krippenplätze 10 Mio Euro zur Verfügung gestellt werden müssen. Möglich wäre, einen entsprechenden Antrag im Stadtrat einzubringen, weitere Ausbauprogramme vorzunehmen. Herr Dr. Trümper legt weiterhin dar, dass die Schaffung der geforderten zusätzlichen Krippenplätze nur durch bauliche Maßnahmen gewährleistet werden könnte.

#### Nachfrage des Stadtrates Giefers:

Auf der Grundlage des besonderen Status des Jugendhilfeausschusses, das heißt er ist Teil des Jugendamtes, nämlich der politische Teil müsste das Jugendamt, wenn neue Zahlen beschlossen sind und die werden ja nicht ohne Grund in den Jugendhilfeausschuss gegeben sondern mit der Maßgabe, er soll das bestätigen. Das hat er nicht gemacht sondern er hat gesagt, wir vertrauen den Zahlen des Jugendhilfeplaners nicht, der uns seit 10 Jahren diese Zahlen vorlegt, diese Zahlen haben nie gestimmt, sondern wir nehmen andere Zahlen. Müsste sich nicht dabei herauskristallisieren, dass das Jugendamt dann auf den Stadtrat zugeht und den Stadtrat letztlich darstellt, dass diese Zahlen entweder doch stimmen oder im Zweifelsfall, was es für Auswirkungen hätte. Der Stadtrat muss dann ja darüber entscheiden. Der Jugendhilfeausschuss kann einen Antrag an den Stadtrat stellen. Aber hier ist ja der Weg gegangen worden, dass die Vorlage des Jugendamtes verändert wurde vom politischen Teil. Und deswegen müsste sich daraus ergeben, dass dies eine Konsequenz hat und in den Stadtrat eingebracht wird. Das ist der ausführende Arm nach Gesetz und das geschieht hier scheinbar nicht. Ich glaube nicht, dass das rechtens ist.

Eingehend auf die Ausführungen des Stadtrates Giefers, führt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper aus, diesen 100 %ig zuzustimmen. Wenn die Auffassung besteht, eine entsprechende bauliche Maßnahme vorzunehmen, müsste diese hier im Stadtrat eingebracht und beschlossen werden. Er verweist darauf, damit die Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses nicht zu ignorieren und hierzu auch keine entsprechende Aussage getroffen zu haben. Wenn das Jugendamt der Auffassung ist, dass Änderungen erforderlich sind, dann muss eine entsprechende Drucksache vorgelegt werden. Er stellt fest, dass es zu dieser Auffassung keine Differenz gibt. Er habe klargestellt, dass nur auf der Basis des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses keine finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt oder bauliche Maßnahmen vorgenommen werden können.

#### Ergänzende Antwort des Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Herrn Brüning:

Der Beigeordnete Herr Brüning informiert, dass gegenwärtig eine Prüfung hinsichtlich der Relevanz zum Planungsverfahren vorgenommen wird. Er macht darauf aufmerksam, dass das Planungsverfahren mit der DS0276/12 am 08. 11. 2012 im Stadtrat bestätigt wurde. Im Weiteren legt er dar, dass zu den hier dargelegten Belegungszahlen für 2012 und 2013 die Prognose tatsächlich um einige Punkte die Inanspruchnahme übersteigt. Insbesondere verweist er darauf, dass in der vorgelegten Prognose die durchschnittliche Inanspruchnahme eines Jahres zugrunde gelegt wurde. Der Jugendhilfeausschuss ist der Argumentation gefolgt, dass das Land im Monat März 2013 eine 57 %ige Inanspruchnahme festgestellt hat und die auf die künftige Inanspruchnahme hochgerechnet hat. Diese Zahl ist durch das Land jedoch für einen ganz anderen Zweck verwendet und auch veröffentlicht worden.

Abschließend stellt er klar, dass die Verwaltung veranlasst ist, auf der Grundlage der in der DS0276/12 dargestellten Prognose und des Planungsverfahrens zu handeln. Er sichert zu, dass im Stadtrat exakt ausgearbeitet vorzulegen. Dann müsse der Stadtrat entscheiden, ob die 391 Plätze zusätzlich zu schaffen sind oder ob das durch bereits getroffene Beschlüsse des Stadtrates abgedeckt ist. Insbesondere verweist er nochmals auf die hier entstehenden Kosten.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

#### 8.11. Schriftliche Anfrage (F0005/14) des Stadtrates Bartelmann, FDP-Ratsfraktion

Zoo-Haltestelle

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Die Baustelle am Zoo entwickelt sich schleppend. Nach unseren Informationen war Anliegern zugesichert worden, die Baustelle rund um die behindertengerechte Haltestelle Am Zoo sei bis Weihnachten 2013 fertiggestellt. Dies ist nun Geschichte.

Ich bitte Sie um eine kurze mündliche und ergänzende schriftliche Beantwortung nachstehender Fragen:

1. Was wird als aktuell absehbarer Fertigstellungstermin angenommen?
2. Was beeinträchtigte bislang den Baufortschritt? Wie hat man darauf seitens der Bauaufsicht und der am Bau beteiligten Firmen reagiert?
3. Welche Verkehrsregelung der zeitweilig auf eine Spur reduzierten vierspurigen Straße Am Schöppensteg ist bis zum Fertigstellungstermin geplant? In welchen Etappen?
4. Hat seit Baubeginn eine Geschwindigkeitsmessung im Baustellenbereich stattgefunden?

#### Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann:

Hinsichtlich des Sachstandes der Baumaßnahme informiert der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann, dass momentan die Durchführung vom Bereich der Gleise sowie der stadteinwärts führenden Fahrspur witterungsbedingt nicht erfolgt. Derzeit besteht der Status, dass die Verkehrsführung mittels Ampelregelung erfolgt mit einspurigem Wechsel auf die fertiggestellte stadtauswärts führende Fahrspur. Diese Phase nimmt ca. 4 Wochen in Anspruch. Nach technologischem Abschluss wird die Wiedereinrichtung der Fahrspur für den stadteinwärts fließenden Verkehr erlaubt. Er verweist darauf, dass diese Entscheidung abhängig von der Entwicklung der Witterung ist, verbunden mit der Hoffnung auf einen Wintereinbruch. Die Durchführung der dann noch verbleibenden Bauarbeiten nehmen nach heutigem Kenntnisstand ca. acht Wochen in Anspruch. Diese erfordert ebenfalls die einspurige Verkehrsführung, Befahren der stadtauswärts führenden Fahrspur im Wechsel mittels Ampelregelung und schließt sich entweder unmittelbar an die zurzeit laufende Phase an oder wird entsprechend nach Beendigung der witterungsbedingten Pause eingerichtet.

Im Weiteren informiert der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann, dass im Rahmen der Bauberatung zur neuen Haltestelle Zoo Schöppensteg am 22. Jan. 2014 aufgrund der Witterungsbedingung die vorläufige Einstellung der Arbeiten festgelegt wurde. Gemäß des

heute vorgelegten Bauablaufplanes, nehmen die durchzuführenden Arbeiten einen Zeitraum von ca. zehn Wochen in Anspruch und erfolgen unter der Aufrechterhaltung des Verkehrs auf einer Fahrspur. In Konsequenz der Entscheidung zur vorläufigen Einstellung der Arbeiten wurden seitens der Beteiligten zur Wiederherstellung der Verkehrsführung mit je einer Fahrspur je Fahrtrichtung festgelegt. Die Umsetzung erfolgte bis zum 23. Jan. 14.

Abschließend verweist er auf die überraschende Preisentwicklung für die Durchführung der Baumaßnahme, die in hohem Maße zu Lasten der MVB hinsichtlich der Ausschreibung geht.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

#### 8.12. Schriftliche Anfrage (F0007/14) der Stadträte Mirko Stage und Oliver Wendenkampf, future! – Die junge Alternative

Open-Air-Veranstaltungen im Stadtpark

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ist es richtig, dass es von Seiten der Magdeburger Stadtverwaltung gewollt ist, dass keine Open-Air-Veranstaltungen mehr im Stadtpark stattfinden sollen? Wenn ja, gilt dies für alle Open-Air-Veranstaltungen im Stadtpark oder gibt es Ausnahmen?

Wir bitten um eine kurze mündliche und schriftliche Beantwortung der Anfrage.

#### Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

In seiner Beantwortung verweist der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper auf die Situation, dass die Veranstaltung „Rock im Stadtpark“ schon mehrfach durch Janine Niele durchgeführt worden ist. Seit der vor 2 Jahren das letzte Mal durchgeführten Veranstaltung ist bei der Stadt noch eine Rechnung in Höhe von 10.000 Euro offen. Zudem wurde in der Berichterstattung der Medien deutlich, dass sich ein solches Festival im Stadtpark über mehrere Tage aus hygienischen Gründen als extrem schwierig erwiesen hat. Fehlende Waschmöglichkeiten sind unhaltbare Zustände, wenn man 3 Tage in einem Zelt wohnt.

Es gab im Vorfeld der Veranstaltung noch weitere Fakten hinsichtlich der Genehmigungsfähigkeit die vom zuständigen Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz vorgelegt wurden, die bis eine Stunde vor dem Konzert immer noch nicht geklärt waren.

Er legt seine Auffassung dar, dass sich dieser Sachverhalt diesmal anders darstellen muss und verweist darauf, dass ein konkreter schriftlicher Antrag in der Verwaltung noch nicht vorliegt. Somit sei auch nicht bekannt, wer Veranstalter ist.

Seitens der Verwaltung sollten zunächst einmal Überlegungen angestellt werden, was im Stadtpark wirklich gemacht werden sollte und auch sinnvoll ist. Eine dreitägige Veranstaltung ist aus seiner Sicht auf keinen Fall machbar. Dies schließt jedoch nicht aus, abends ein Konzert zu veranstalten unter der Voraussetzung, dass alle erforderlichen Bedingungen auch abgestimmt sind.

Herr Dr. Trümper vertritt die Ansicht, dass für solche Veranstaltungen der Elbauenpark geeigneter sei, da hier die erforderlichen Strukturen bereits vorhanden sind und auch Eintrittskontrollen gewährleistet werden können.

Abschließend verweist er darauf, dass es für die Durchführung von Open-Air-Veranstaltungen im Stadtpark kein generelles Verbot gibt.

Die Beantwortung der schriftlich vorliegenden Anfragen F0012/14 der Fraktion CDU/BfM, F0001/14 der SPD-Stadtratsfraktion, F0011/14 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, F0015/14, F0016/14 und F0017/14 der Fraktion DIE LINKE/Menschenrechte, Tier- und Naturschutz, F0002/14, F0003/14 und F0004/14 der FDP-Ratsfraktion sowie F0006/14 des Stadtrates Wendenkampf, future! – Die junge Alternative, erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

## 9. Informationsvorlagen

---

Die vorliegenden Informationen unter TOP 9.1 – 915 werden zur Kenntnis genommen.

Der angemeldete Redebedarf (siehe TOP 2 – Bestätigung der Tagesordnung in der Stadtratssitzung am 23.01.14) wurde jeweils von den einzelnen Fraktionen **zurückgezogen**.

9.15.	Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Magdeburg für das Jahr 2014 - Schreiben des Landesverwaltungsamtes Sachsen-Anhalt vom 15. Januar 2014	I0010/14
-------	---	----------

---

### **Hinweis:**

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann macht darauf aufmerksam, dass der Haushaltsplan jetzt öffentlich bis zum 31. Januar 2014 ausgelegt wird.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Beate Wübbenhorst  
Vorsitzende des Stadtrates

Silke Luther  
Protokollantin

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Wübbenhorst, Beate

**Mitglieder des Gremiums**

Ansorge, Jens

Bartelmann, Gregor

Boeck, Helga

Boeck, Hugo

Bork, Jana

Bromberg, Hans-Dieter

Czogalla, Olaf

Danicke, Martin

Fassl, Josef

Giefers, Thorsten

Häusler, Gerhard

Hein, Rosemarie Dr.

Heller, Werner

Heynemann, Bernd

Hitzeroth, Jens

Hoffmann, Martin

Hoffmann, Michael

Kraatz, Daniel

Kutschmann, Klaus Dr.

Meinecke, Karin

Meinecke, Walter

Meister, Olaf

Müller, Oliver

Nordmann, Sven

Reppin, Bernd

Rohrßen, Martin

Rösler, Jens

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schumann, Andreas

Schuster, Hans-Jörg

Schwenke, Wigbert

Stage, Mirko

Stern, Reinhard

Theile, Frank

Trümper, Lutz Dr.

Wähnelt, Wolfgang

Zimmer, Monika

**Geschäftsführung**

Luther, Silke

**Abwesend**

Biedermann, Ursula

Bock, Andreas Dr.

Canehl, Jürgen

Gärtner, Matthias

Grünwald, Mario

Guderjahn, Marcel

Herbst, Sören Ulrich

Hofmann, Andrea

Höroid, Helmut Dr.  
Krause, Bernd  
Lischka, Burkhard  
Meyer, Steffi  
Schoenberner, Hilmar  
Schumann, Carola  
Schuster, Frank  
Szydzick, Claudia  
Tybora, Jacqueline  
Wendenkampf, Oliver A. Dipl. Biol.